

**Emanzipation der Frau heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus.**

Clara Zetkin



**Informationen, Polemiken  
und Meinungen aus Guben**

# Linker Stadtanzeiger

22. Jahrgang / Nr. 2 / 2011, Februar

Preis: Spendenbeitrag

Kopieren oder Weitergabe an Freunde und Bekannte ist erwünscht.

[www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/linker\\_stadtanzeiger/](http://www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/linker_stadtanzeiger/)

**Internationaler Frauentag  
2011**

**DIE LINKE.** lädt ein zum  
Ortsverband Guben Cottbuser Kabarett  
**DIE UN(I)RUHESTÄNDLER**

mit ihrem Programm

„**VERDUMMT IN ALLE EWIGKEIT**“  
am 8. März 2011 in die Gaststätte  
„Citytreff“.

Beginn 17.00 Uhr      Eintritt: Spende

## **100 Jahre Internationaler Frauentag – viel erreicht – viel zu tun!**

Von Sylvia Kruse

Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, an der mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Der erste internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt.

Die politische Forderung war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Mehr als eine Milli-

on Frauen gingen damals auf die Strasse.

Heute ist für uns Vieles selbstverständlich, wofür die Frauen vor hundert Jahren noch hart kämpfen mussten. Trotzdem ist es offensichtlich, dass auch heute noch keine Gleichheit zwischen den Geschlechtern besteht

Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz wurde 1994 im Zuge der Verfassungsreform ergänzt um den Satz: "Der Staat fördert die tatsächliche

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin."

Damit wird dem Gesetzgeber ein unmissverständlicher Auftrag erteilt, überall dort, wo Frauen benachteiligt und diskriminiert werden, tätig zu werden.

Die tatsächliche Gleichberechtigung kann nicht alleine durch Gesetze und Diskriminierungsverbote

EINE FRAU, GLEICHGESTELLT, WIRD ÜBERLEGEN.

Sokrates (470 - 399 v.u.Z.)

erreicht werden. In beruflichen Führungspositionen sind Frauen nach wie vor in der Minderheit. Auch von einer gleichrangigen Mitwirkung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind wir noch weit entfernt. Wir alle wissen, dass gleicher Lohn für gleich Arbeit bis heute ein Wunschtraum ist. Aber Träume werden nicht von selbst wahr. Es liegt an uns selbst, unsere verfassungsmäßig verbrieften Rechte

auch im täglichen Leben einzufordern. Das ist sehr schwer, denn die Bewältigung des Alltages in unserer heutigen Gesellschaft verlangt den Frauen viel Kraft ab. Berechtigte Forderungen müssen aber immer wieder laut ausgesprochen werden, wenn sie endlich gehört werden sollen. Der stete Tropfen höhlt den Stein.

Käthe Strobel, eine SPD-Politikerin und ehemalige Bundesministerin sagte: „Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte.“ Sie hat recht. Es heißt, sich einzumischen bevor über unsere Köpfe hinweg über uns entschieden wird. Es gibt immer Alternativen und wir sollten stets genau hinterfragen, wenn uns schlechte Entscheidungen als alternativlos präsentiert werden. Wir Frauen müssen für die Herrschenden viel unbequemer werden. Was wäre wohl, wenn alle Frauen streikten?



Der Mann ist schwerstkrank. Die Krankheit ALS zerfrisst sein Nervensystem. Die Gliedmaßen sind wie nutzlose

Gewichte. Ein Luftröhrenschnitt nahm ihm die Stimme. Mimik und Gestik sind erlahmt. Professor Stephen Hawking ist der bekannteste Astrophysiker der Welt. Sein gefeselter Leib ist ein schwerer Pflegefall. Aber sein Geist kann mühelos fliegen. Viele Millionen Menschen verehren ihn weltweit.

Mediziner vermuten hinter ALS eine Erbkrankheit. Sie nehmen an, dass mehrere defekte Genabschnitte für das Leiden verantwortlich zeichnen. Hawking wurde im Jahre 1942 geboren. Zu jener Zeit war die Weitergabe von Erbinformationen noch nicht ausreichend begriffen. Niemand konnte wissen, dass Hawking einmal ALS bekommen würde. Keiner wollte das verhindern. Zum Glück. Was wüssten wir heute über das Weltall, wenn man Hawkings Erbanlagen aus einer Petrischale in den Müll geworfen hätte?

Genau das geschieht bei der Präimplantationsdiagnostik (PID), über deren Zulässigkeit derzeit der Deutsche Bundestag berät. Fraktionsübergreifend hat dies derzeit zu zwei Gruppenanträgen geführt. Der eine wirbt für eine beschränkte Zulassung. Der zweite, den auch der Verfasser unterstützt, strebt ein Verbot der PID an.

Viele Paare sehnen die Legalisierung des PID-Verfahrens herbei. Manche von ihnen haben bereits ein krankes oder behindertes Kind. Die PID kann ihnen den Wunsch nach gesundem Nachwuchs erfüllen. Bei dem Verfahren werden mehrere Eizellen der Mutter künstlich mit den Spermien des Vaters befruchtet und dann nach drei Tagen untersucht. Nur die gesunden „Wunsch-

eizellen“ werden dann der Mutter zur Austragung verpflanzt. Alles andere landet im Abfall. Befürworter des Verfahrens finden dafür Argumente.

Der Embryo sei in seiner Urform nicht mehr als ein Zellhäuflein. Doch das war Professor Hawking im Jahre 1941 auch. Jeder Mensch ist schon am Anfang ein unersetzbares Unikat. Könnte er sich schon wehren, würde er sich Urteile über seinen Wert und Unwert gefälligst verbitten.

Ein weiteres Argument lautet: Die PID sei gegenüber einer späteren Abtreibung der wesentlich schonendere Weg. Die Mutter erhalte eine ziemliche Gewissheit auf ein gesundes Kind und müsse später nicht ein krankes abtreiben. Das Argument ist kraftvoll aber unlogisch. Dass Abtreibungen rechtlich möglich sein müssen, liegt an der notwendigen Abwägung zwischen dem seelischen Leid der schwangeren Mutter und der staatlichen Schutzpflicht gegenüber dem Embryo. Doch bei einer Vorfelduntersuchung liegt noch gar keine Schwangerschaft vor, die eine Frau belasten könnte. In der Petrischale herrscht damit allein das ethische Gebot, das werdende Leben zu schützen. Wer die PID mit den Abtreibungsregeln des Strafgesetzbuches rechtfertigen will, begründet ein vermeidbares ethisches Desaster mit einer ganz anderen, unvermeidbaren ethischen Konfliktlage. Ethik funktioniert anders. Sie strebt nach einer Stärkung des ethischen Verhaltens, nicht nach der Rechtfertigung von mehr „Unethik“.

Befürworter der PID argumentieren schließlich, die rechtlichen Grenzen des Verfahrens seien in ihrem Entwurf klar abgesteckt. Die PID sei nur zulässig bei einer „hohen Wahrscheinlichkeit“ einer „schweren Erbkrankheit“ oder im Falle der Verhinderung einer Tot- oder Fehlgeburt. Doch offene Rechtsbegriffe sind die natürlichen Feinde klarer ethischer Grenzen. Was ist eine „schwere“ Erbkrankheit? Wann ist eine Wahrscheinlichkeit „hoch“?

Rechtsbegriffe, die man nur begreift, wenn man über ihren Inhalt streitet – führen nicht selten zu Dambrüchen. Ist die PID einmal legal, wird sich „Geringe Wahrscheinlichkeit“ zu „ausreichender Wahrscheinlichkeit“ aufschwingen. Was heute keine „schwere“ Erbkrankheit ist, wird morgen noch eine werden. Aus dem „Wunschkind“ wird schrittweise das „erwünschte Kind“. Mit der Pipette gestaltet der Mensch die Evolution. Alle Eltern wünschen sich starke, kluge, gutaussehende und intelligente Kinder. Wir alle meinen zu wissen, was wir damit meinen. Dabei sind unsere Vorstellungen von „unseren“ Kindern kulturell geprägt. Kultur ist dem Wandel unterworfen. Viele Jahrhunderte dominierte die manuelle Arbeit. Folglich wünschten sich Eltern starken und männlichen Nachwuchs. Heute schätzen wir weibliche und männlichen Nachwuchs gleichermaßen mit hoher Intelligenz und Einfühlungsvermögen. Ein Jahrhundert zuvor wäre Hawking vermutlich verhungert. Heute nutzt er modernste Technik, um der Welt von seinen Ideen zu berichten.

Dazu kommt: Unser Wissen von den Erbanlagen ist bestenfalls lückenhaft. Gene tragen in ihren Kombinationen immer viele verschiedene Informationen. Jeder Mangel kann eine Stärke zur Kehrseite haben. Mitunter mendeln sich diese Stärken erst in vielen Folgegenerationen heraus. Es sei denn, wir bewirken, dass schon ihre ersten Träger nie das Licht der Welt erblicken.

Der Maler und Dichter Kahlil Bibran schrieb: *„Deine Kinder sind nicht Deine Kinder. Sie sind die Söhne und Töchter der Sehnsucht des Lebens nach sich selbst. Sie kommen durch Dich, aber nicht von Dir, und obwohl sie bei Dir sind, gehören sie dir nicht. (...) Du bist [nur]der Bogen, von dem Deine Kinder als lebende Pfeile ausgeschickt werden.“*

Jeder Embryo, der eine PID-Untersuchung nicht übersteht, ist wie ein zerbrochener Pfeil.

# DIE LINKE. im Rathaus



## Schulung

Endlich, nach vielen Monaten des Hinhaltens haben auch die Stadtverordneten eine Einführung in das neue Haushaltssystem „Doppik“ bekommen. Bisher alles nur Theorie - die Nagelprobe gibt es, wenn der Bürgermeister den diesjährigen Haushalt vorlegt.

## Dieselbe Leier

Es vergeht mittlerweile kaum noch eine Sitzung, ohne dass der Bürgermeister ihm nicht genehme Beschlüsse beanstandet. Er ist der Meinung, dass die Stadtverordneten gesetzeswidrig handeln. In der nächsten Sitzung liegen wieder mehrere Beanstandungen vor. So will er uns verwehren im GWAZ mitzuarbeiten und er will nicht zulassen, dass wir eine neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes bestellen, obwohl das alleinige Zu-

ständigkeit der Stadtverordnetenversammlung ist.

## Weiter gereicht

In der letzten Ausgabe berichteten wir, dass der Bürgermeister wieder auf dem Wege der Beanstandung die Stadtverordneten zwingen wollte, seinem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Doch damit nicht genug- Herr Hübner hat erneut beanstandet und den Fall zum Landkreis gegeben. Die Frage ist doch wirklich, worin hier ein gesetzeswidriges Handeln der Stadtverordneten bestehen soll. Ein Blick in die Kommunalverfassung hätte sicher geholfen: § 28 regelt eindeutig, dass nur die Gemeindevertretung über die Haushaltssatzung zu entscheiden hat.

## Geodaten

Ein Geoportal soll in Guben aufgebaut werden. Vielleicht ganz gut, doch wir wissen es nicht. Vielmehr liegt jetzt eine Vorlage der Verwaltung auf dem Tisch, wo der Aufbau eines Geografischen Informationssystems beschlossen werden soll. Außer allgemeinen Ausführungen, die nicht im Ganzen nachvollziehbar sind wird erst am Schluss der eigentliche Knackpunkt deutlich. Die Verwaltung hatte schon am 16.12.2009! einen Förderantrag gestellt; natürlich ohne einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Am 20.09. des vorigen Jahres kam die Projektbestätigung und jetzt sollen wir beschließen, dass wir das Geoportal haben wollen. Welch Treppenwitz! Zumal von einem Eigenanteil der Stadt Guben in Höhe von ca. 60.400 € die Rede ist.

## Pressemitteilung

aus dem Büro Wolfgang Nešković



## Grobe Irreführung

„Die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Vattenfall und Ralf Christoffers an der bisherigen Nichtumsetzung der CCS-Richtlinie durch den Bund liegt neben der Sache. Sie vernachlässigt die berechtigten Sorgen der Menschen in den potentiellen Verpressungsgebieten. Der Verweis auf ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren der EU stellt in diesem Zusammenhang eine grobe Irreführung der Bevölkerung dar“, sagt **Wolfgang Nešković**, *Justiziar der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag und Mitglied des Fraktionsvorstandes.*

Nešković weiter:

„Wer den Eindruck erweckt, dass die Bundesrepublik nach Europarecht verpflichtet sei, ein Gesetz zu erlassen, das die Speicherung von Kohlendioxid ermöglicht, versucht, die Menschen zu verdummen. Die Richtlinie lässt es nämlich ausdrücklich zu, dass die Mitgliedstaaten die Speicherung von Kohlendioxid verbieten. In Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie heißt es hierzu: "Die Mitgliedstaaten behalten das Recht, die Gebiete zu bestimmen, aus den gemäß dieser Richtlinie Speicherstätten ausgewählt werden können. Dazu gehört auch das Recht der Mitgliedsstaaten, keinerlei Speicherung auf Teilen oder auf der Gesamtheit ihres Hoheitsgebietes zuzulassen."

Hiervon sollte die Bundesrepublik Gebrauch machen. Der vermutliche Giftgasaustritt in Kanada ist ein deutliches Warnzeichen. Berichte über tote Kleintiere und sprudelnde Grundwasseraustritte müssen ernst genommen werden. Es ist völlig unangebracht, wenn die Politik versucht, die Menschen zu beschwichtigen und lediglich auf laufende Prüfungen verweist. Im Zweifel muss der Sicherheit der Bevölkerung vor den Interessen der Industrie der Vorrang eingeräumt werden. So sieht es übrigens auch der Koalitionsvertrag in Brandenburg vor.“

## Das Parlament



*Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren zum Geburtstag im Monat Februar*



*Adelheid Schäfer zum 86.  
Waltraud Fröde zum 79.  
Gisela Schneider zum 74.  
Günter Sinsel zum 68.  
Bernd-Peter Schefuhs zum 67.  
Jörg-Dieter Reschke zum 67.*

*Aus Deutschland, Deutschland über alles  
Kurt Tucholsky,  
Fotomontagen John Heartfielt, 1929*

## Klatschen ist nicht erlaubt...

Von Gabriele Scholz

Im Februar 2011 weilten 50 politisch Interessierte auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic für 2 Tage in Berlin. Gern nahmen wir 12 Mitglieder aus Guben daran teil. Es war ein tolles Programm — sehr interessant und informativ. Die Busfahrten durch Berlin waren an politischen Gesichtspunkten orientiert.

Ausstellungsbesuche: z.B. „Wege, Irrwege, Umwege — Die Entwicklung der Parlamentarischen Demokratie in Deutschland“. Im Reichstagsgebäude hatten wir Gelegenheit mit Wolfgang Neskovic 1 Stunde zu sprechen. Es wurden viele Fragen gestellt und ausführlich vom MdB W. Neskovic beantwortet. Fazit dieser Stunde: wir wünschten W. Neskovic viel Erfolg und er möge noch lange Politik für die LINKEN machen.

Es war uns auch der Besuch einer Plenarsitzung für 1 Stunde möglich. Diskutiert wurde gerade über „Mindestlohn“. Bevor wir die heiligen Hallen betreten durften, wurde wir erst informiert, wie wir uns zu verhalten haben: Nicht aufstehen - nicht klatschen.

Wir haben die Redebeiträge von SPD, LINKEN, CDU und FDP verfolgen können. Bedauert haben wir sehr, dass auch pfeifen nicht gestattet ist für die Zuschauer. Gern hätten wir bei CDU und FDP gepfeifen. Die Redebeiträge waren skandalös. Nach einer Stunde mussten wir aufstehen, ohne klatschen und pfeifen.



**Öffnungszeiten Büro Berliner Str. 1**  
**Mo und Mi 14:00 – 16:00**  
**Di und Do 10:00–14:00 (Bürgerbüro**  
**Jürgen Maresch, MdL)**

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE**  
**In der SVV Guben**  
**jeweils Montag ab 19:30 Uhr**  
**Rathaus (Turm West)**  
**Tel. 03561 6871 3002**

Impressum:  
Zeitung von **DIE LINKE**. Ortsverband Guben und Infoblatt  
von **DIE LINKE**. Fraktion der SVV Guben  
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz, Berliner Str. 1, 03172 Guben  
Redaktionsschluss: 20.02.2011  
Druck: Eigendruck, Auflage 7000 Stück